

## INHALT

1. Koalition streitet über bessere Bewaffnung der Polizei
2. Spoorendonk bestreitet Probleme bei der Umsetzung des Justizvollzugsgesetzes
3. SPD, Grüne und SSW beschließen Krippengeld im Ausschuss
4. Innenministerium will Gemeinden 26 Millionen Euro weniger überweisen
5. Rickers wirft Habeck Flucht aus der Verantwortung vor
6. Grüne sperren sich gegen Strafrechtsverschärfung bei Angriffen auf Polizisten
7. CDU will Wettbewerbsfähigkeit der KielRegion verbessern
8. „Silbernes“ Dienstjubiläum

16.09.2016

### **Koalition streitet über bessere Bewaffnung der Polizei Grüne lehnen Ausrüstung mit Sturmgewehren ab**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Nach der Festnahme dreier Terrorverdächtiger gibt es offenbar Streit in der Landesregierung über einen Kurswechsel in der Innenpolitik. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Polizei für den Fall eines paramilitärisch geführten Terroranschlages ausgerüstet sein muss. Denn die Einsatzkräfte vor Ort müssen dann in der Lage sein, Terroristen bis zum Eintreffen von Spezialkräften in Schach zu halten. Noch am Mittwoch Abend lehnten SPD, Grüne und SSW

einen Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) für eine Ausstattung der Polizei mit geeigneten Waffen und Schutzausrüstungen ab.

Am Donnerstag meldeten dann die Lübecker Nachrichten, die Landesregierung beabsichtige angeblich, die „Polizei aufzurüsten“. 14 Millionen Euro sollten im Haushalt dafür bereit gestellt werden. Unter anderem wurde das Sturmgewehr G 36 genannt. Dabei hatte in der Debatte über den CDU-Antrag im Landtag der Grüne Redner Burkhard Peters diese Waffe exemplarisch abgelehnt. Sie Sorge „mit Sicherheit nicht für mehr Sicherheit“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther stellte dann auch fest, dass Innenminister Stefan Studt für den geplanten Kurswechsel die Mehrheit der Regierungsfaktionen fehle. „Wenn das Kabinett jetzt endlich die Notwendigkeit einer besseren Bewaffnung der Polizei erkennt, dann wird diese sicherlich nicht an der CDU scheitern. Hoffentlich scheitert diese wichtige innenpolitische Kurskorrektur nicht wieder am Veto der Grünen“, erklärte Günther in Kiel.

Nötig sei neben einer besseren Ausrüstung auch die Schulung im Umgang mit Terrorlagen. „Es sind nämlich die Streifenpolizisten, die sich im Ernstfall als erste mit einer solchen Lage konfrontiert sehen. Auch hierfür scheinen die regierungstragenden Fraktionen im Gegensatz zum Minister keine Notwendigkeit zu sehen. Das ist schon mehr als bedenklich“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Am Nachmittag äußerte sich der Innenminister zurückhaltend zu den Plänen. „Wir sind uns politisch einig, dass wir alles tun werden, um unsere Polizisten und die Bevölkerung vor radikalen Einzeltätern so weit als möglich zu schützen“, erklärte er. Im Vordergrund stehe dabei die beabsichtigte Beschaffung von Einsatzmitteln, die den passiven Schutz unserer Polizei erhöhen. Hinsichtlich einer Modernisierung der Waffenausstattung sei er zuversichtlich, „dass wir bereits in Kürze ein Gesamtpaket aus passiven und aktiven Sicherheitsmaßnahmen im Kabinett verabschieden werden.“

Am Abend im Schleswig-Holstein Magazin (Link zum Beitrag unten) wurde deutlich, weshalb der Innenminister so zurück ruderte. Der Grüne Abgeordnete Peters blieb bei seiner Auffassung, dass die Polizei keine Sturmgewehre brauche. Dies begründete er so: „Wir wissen bisher aus den Ermittlungen gegen die drei in Schleswig-Holstein Festgenommenen, dass konkrete Anschlagplanungen bei denen nicht vorgelegen haben. Wir wissen auch gar nicht wenn sie denn dann aktiv geworden wären oder hätten sein sollen, wo sie das hätten tun sollen? Ich nehme nach wie vor nicht an dass das hier auf dem platten Land in Schleswig-Holstein wäre. Da liegen andere Anschlagziele wie zum Beispiel in Hamburg näher.“

Und hier der Link:

[http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein\\_magazin/Neue-Waffen-fuer-die-Polizei,shmag41684.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/Neue-Waffen-fuer-die-Polizei,shmag41684.html)

Link zur Drucksache:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4400.pdf>

---

### **Spoorendonk bestreitet Probleme bei der Umsetzung des Justizvollzugsgesetzes Ostmeier: Proteste von Gefangenen sind kein Sturm im Wasserglas der Opposition**

Am Mittwoch erstattete Justizministerin Anke Spoorendonk einen Bericht über den Stand der Umsetzung der zum 01. September in Kraft getretenen Reform des Justizvollzuges. Anlass waren Medienberichte über Proteste. Demnach hätten sich in Neumünster Häftlinge

geweigert, in ihre Zelle zurück zu kehren. Sie machten geltend, das Gesetz sehe ganztägigen Aufschluss der Zellen vor. Auch aus Lübeck wurde berichtet, dass dieser zum Teil für ganze Tage nicht sicher gestellt werden konnte.

Dies habe alles nicht mit Personalmangel und schon gar nicht mit mangelhafter Umsetzung zu tun, erklärte die Ministerin. Vielmehr gingen die Maßnahmen auf Krankmeldungen zurück. SSW-Fraktionsvorsitzender Lars Harms bescheinigte Spoorendonk daraufhin, die Reform „schnell und reibungslos“ umzusetzen. Für die SPD sprach Thomas Rother von einem „Sturm im Wasserglas“. Die Opposition habe „haltlose Vorwürfe konstruiert.“

„Die öffentlich gewordenen Proteste von Gefangenen sind kein Sturm im Wasserglas der Opposition, sondern ein ernst zu nehmendes Symptom. Und es ist schlichtes Ausblenden der Realität, zwischen dem Aufbegehren in Neumünster und der Reform des Justizvollzuges keinen Zusammenhang zu sehen“, sagte dazu CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier.

Der nun täglich gesetzlich vorgesehene Aufschluss könne aufgrund Personalmangels nicht zuverlässig eingehalten werden. Dies Sorge bei den Gefangenen für Unmut. Wenn Arbeitsbetriebe in Gefängnissen geschlossen würden, weil das Personal für den Aufschluss benötigt werde, Sorge dies ebenso für Unmut. „Diese Probleme sind real. Und es sind offenkundig keine bloßen Anpassungsschwierigkeiten. Die Umsetzung des Gesetzes ist weiterhin eine Herkulesaufgabe. Bis auf die Ministerin und die Regierungsfractionen erkennt wirklich jeder, dass das Personal und die finanziellen Mittel nicht ausreichen“, so Ostmeier.



Justizexpertin Barbara Ostmeier

---

### **SPD, Grüne und SSW beschließen Krippengeld im Ausschuss Kommende Woche soll der Landtag zustimmen**

Trotz zum Teil vernichtender Stellungnahmen sowohl bei der schriftlichen als auch der mündlichen Anhörung haben SPD, Grüne und SSW ihren „100 Euro-Gutschein“ für Eltern von Krippenkindern in dieser Woche durch den Sozialausschuss gebracht. Kommende Woche soll der Landtag zustimmen.

Die angehörten Verbände hatten als eigentliches Problem der KiTa-Finanzierung ausgemacht, dass das Land seinen Anteil an den Betriebskosten der KiTas von einem Drittel auf ein Fünftel reduziert hat. „Die Albig-Regierung ist für den dramatischen Anstieg der KiTa-Gebühren in den vergangenen Jahren verantwortlich. Denn obwohl sich die Betriebskosten aufgrund zahlreicher Änderungen vielerorts verdoppelt haben, haben SPD, Grüne und SSW die Landeszuschüsse nicht erhöht. Den von der Pleite bedrohten Kommunen bleibt nichts anderes übrig, als die

Elternbeiträge anzuheben“, erklärte dazu CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann in Kiel.

Statt für eine faire und transparente KiTa-Finanzierung und eine landesweit einheitliche Sozialstaffel zu sorgen, werde künftig jeder Multimillionär pro Monat 100 Euro für sein die Krippe besuchendes Kind überwiesen bekommen, während Hartz IV Empfänger leer ausgehen. „Und das nennt Herr Stegner dann Sozialpolitik“, sagte Rathje-Hoffmann.

Die CDU fordere eine transparente KiTa-Finanzierung und eine Rückkehr zu einer fairen Beteiligung des Landes an den Kosten. „Dafür werden wir nach den Landtagswahlen 2017 sorgen“, so Rathje-Hoffmann.



Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

---

### **Innenministerium will Gemeinden 26 Millionen Euro weniger überweisen Land sent weiter den Anteil an Schlüsselzuweisungen**

Den Gemeinden drohen neben dem Rückzug des Landes aus den Betriebskosten der KiTas weitere Belastungen. Innenminister Stefan Studt will die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr weiter senken. Das geht aus einem Schreiben an die Landräte vom 8. September 2016 hervor. Studt plant eine Kürzung um 1,79 Prozent auf 30,79 (Beleg, siehe Link unten, S. 7) – das wird einen Verlust von etwa 26 Millionen Euro bedeuten. Im Gegenzug werden die Zuweisungen an Kreise und Kreisfreie Städte um weitere 1,62 Prozent steigen. Noch vor wenigen Jahren lag der Anteil der Gemeinden bei etwa 40 Prozent.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther sieht in der geplanten weiteren Verschiebung der Finanzmittel zulasten der Gemeinden System. Er erinnerte an die – zur Zeit offiziell nicht weiter verfolgte – Vereinbarung von SPD, Grünen und SSW, Gemeindegrößen von mindestens 8000 Einwohnern anzustreben. Erst kürzlich hatte der SSW-Fraktionsvorsitzende Lars Harms die Forderung nach einer Gemeindegebietsreform laut Medienberichten erneuert.

Günther: „Die Kommunen sollen ausbluten und der Frust der Kommunalvertreter weiter wachsen. So wollen SPD, Grüne und SSW den Widerstand in den Gemeinden gegen eine Gebietsreform brechen“.

Link zum Schreiben des Innenministers:

[http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kommunales/kommunalefinanzen/Downloads/Gemeindehaushaltsreform/regelungen/Haushaltserlass\\_2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kommunales/kommunalefinanzen/Downloads/Gemeindehaushaltsreform/regelungen/Haushaltserlass_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

## **Rickers wirft Habeck Flucht aus der Verantwortung vor Kreise und Betreiber sollen jetzt selbst Deponien für Bauschutt aus Kernkraftwerken finden**



Heiner Rickers, umweltpolitischer Sprecher

Umweltminister Robert Habeck hat in dieser Woche im Unterausschuss eingeräumt, dass er bislang keine Deponie gefunden hat, die den als strahlungsfrei gemessenen Bauschutt aus Kernkraftwerken aufnehmen wird. Er ließ durch sein Ministerium erklären, leider habe sein „in einem breit angelegten Dialogangebot freiwillig gemachter Vorschlag einer Entsorgungsvereinbarung“ sich bislang nicht durchgesetzt. Deshalb greife jetzt der rechtlich vorgesehene normale Mechanismus, nach dem Betreiber und Kreise zuständig seien.

CDU-Umweltexperte Heiner Rickers kritisierte Habeck daraufhin scharf. Dieser habe auf jeder Informationsveranstaltung gesagt, dass er den strahlungsfrei gemessenen Müll geeigneten Standorten zuweisen werde, wenn sich kein Standort freiwillig zur Aufnahme bereit erklärt. Der jetzige Kurswechsel sei eine Flucht aus der Verantwortung. „Nachdem Habeck die Menschen nicht überzeugen konnte, will er nun die Verantwortung für die Verbringung des Schutts an die Betreiber und die Standortkreise abgeben. Glaubt er ernsthaft, dass diese es besser können?“, fragte Rickers in Kiel.

Der Widerstand der Menschen gegen die Aufnahme selbst von frei gemessenem Müll zeige, wie tief die über Jahrzehnte geschürte Angst vor allem ist, was sich auf dem Gelände eines Kernkraftwerkes abspiele. „Offenbar hatte er nicht damit gerechnet, dass er die Menschen nicht überzeugen kann. Statt nun als Minister zu agieren, stiehlt er sich lieber aus der Verantwortung. Habeck scheint die Vermeidung eines Problems mit der grünen Basis wichtiger zu sein, als das Problem der Einlagerung. Das qualifiziert ihn nicht als Landesminister – und schon gar nicht für eine Rolle in Berlin“, so Rickers.

---

## **Grüne sperren sich gegen Strafrechtsverschärfung bei Angriffen auf Polizisten Bernstein ist gespannt, ob Studt sich einmal koalitionsintern durchsetzen kann**

Der nach einer entsprechenden öffentlichen Forderung von Innenminister Studt von der CDU-Fraktion erneut eingebrachte Antrag für eine Strafrechtsverschärfung bei Gewalt gegen Einsatzkräfte stand in dieser Woche auf der Tagesordnung des Innen- und Rechtsausschusses.

Studt sprach sich erstmals auch im Ausschuss klar für eine solche Verschärfung aus. Nach der Diskussion äußerte CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein Zweifel, ob der Innenminister sich mit dieser Forderung durchsetzen kann. „Ich nehme zur Kenntnis, dass sich der Innenminister der Forderung der CDU endlich anschließt. Allerdings lassen schon die Ausführungen des Kollegen Peters im Innen- und Rechtsausschuss vermuten, dass SPD, Grüne und SSW den Minister hier ausbremsen werden“, erklärte Bernstein.

Er wies darauf hin, dass sich Studt schon in der Vergangenheit mit fachlichen Argumenten nicht habe durchsetzen können. Dies gelte etwa für die Vorratsdatenspeicherung, die der Minister aus fachlicher Sicht begrüßt, aber von der Koalition einen Maulkorb erteilt bekommen habe.

„Bei SPD, Grünen und SSW besteht nach wie vor die Haltung, dass man Menschen vor der Polizei schützen müsse. Der Schutz von Einsatzkräften vor Gewalt hatte hier bislang nur sehr untergeordnete Priorität. Es wird abzuwarten bleiben, ob sich Studt ausnahmsweise einmal durchsetzen kann“, so Bernstein.



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

## **CDU will Wettbewerbsfähigkeit der KielRegion verbessern Callsen unterstützt Einrichtung eines Regionalmanagements**



Vertreter der Wirtschaftsförderer mit Johannes Callsen

Auf Einladung der KielRegion besuchte der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft der CDU-Fraktion

Schleswig-Holstein die Vertreter der Wirtschaftsförderer. Neben Geschäftsführerin Janet Sönnichsen haben mit Kai Lass (Geschäftsführer Kreis Rendsburg-Eckernförde), Werner Kässens (Geschäftsführer Kiel) und Knut Voigt (Geschäftsführer Kreis Plön) auch die drei Geschäftsführer der regionalen Wirtschaftsförderungsagenturen am Gespräch teilgenommen.

Nach dem Gespräch unterstützte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen die Einrichtung eines Regionalmanagements. „Die regionale Verbundenheit von Wirtschaftsförderern wird im Standortwettbewerb immer wichtiger. Gerade spezialisierte Unternehmen finden an einem Standort oftmals nicht mehr all das vor, was sie brauchen um erfolgreich zu sein. Da ist die KielRegion auf einem richtig guten Weg. Sie hat bereits in der Vergangenheit Weitsicht bewiesen und viele neue Unternehmen von diesem attraktiven Standort überzeugt.“ Die Kooperation zwischen den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Kiel sei eine Chance, passgenaue Lösungen für ansiedlungsinteressierte Unternehmen zu bieten.

„Die CDU wird den Weg der KielRegion weiter unterstützen, über ein Regionalmanagement die regionale Wirtschaftsstruktur zu stärken und die wirtschaftlichen Standortbedingungen weiter zu verbessern“, so Callsen.

---

### „Silbernes“ Dienstjubiläum

#### Helmut Wahl führt seit 25 Jahren das Archiv der CDU-Landtagsfraktion

In dieser Woche wurde im Rahmen eines Jubiläumsfrühstücks das 25- Jährige Dienstjubiläum von Helmut Wahl gefeiert.

Er ist seit 25 Jahren für das Archiv der CDU-Landtagsfraktion zuständig. Im Beisein aller Mitarbeiter hielt der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther eine Dankesrede. Er lobte die Arbeit von Herrn Wahl. Kaum ein anderer habe nicht nur eine derart detailgetreue Kenntnis über nahezu jedes landespolitische Thema der vergangenen 25 Jahre. Er sei immer wieder beeindruckt, wie schnell Herr Wahl im Bedarfsfall Unterlagen auch aus vergangenen Wahlperioden zusammen stelle. Dieser sei darüber hinaus ein gern gesuchter Ratgeber. Viele Abgeordnete gingen bei schwierige Themen ins Archiv, um Herrn Wahl nach seiner Einschätzung zu fragen, legte Günther offen.



Der Jubilar mit dem Fraktionsvorsitzenden

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)